

Der Kampf für mehr Gerechtigkeit Jeder kann Reformen anstoßen und beschleunigen



Mit gutem Gewissen

Seit der weltweiten Finanzkrise halten immer mehr Menschen Korrekturen der Wirtschaft für notwendig. Sie setzen sich für ethisch orientierte Banken ein und für eine Gemeinwohl-Ökonomie. Und sie warten nicht, bis andere handeln, sondern werden selbst aktiv

VON CASPAR DOHMEN

Es gab keinen Protest, als Hamburg Anfang Dezember die Schließung des letzten verbliebenen deutschen Occupy-Camps anordnete. Auch bei der Räumung an diesem Montag blieb es ruhig. Denn: Es ist still geworden um die Bewegung, die nach der Besetzung des New Yorker Zuccotti Parks im Herbst 2011 weltweit Beachtung fand für ihre Forderung nach mehr sozialer Gerechtigkeit, einer strengeren Kontrolle der Banken und weniger Einfluss von Wirtschaft auf Politik. Wer sich aber genau umschaute, findet viele Menschen, die beharrlich an Ideen für eine Reform unseres Wirtschaftssystems arbeiten.

Die Initiative Monetative hält eine neue Geldordnung für unabdingbar, um mehr wirtschaftliche Stabilität zu erreichen. Die vielen Banken- und Finanzkrisen sind für die Beteiligten Beleg genug für die Anfälligkeit des Systems, was sich vor allem in der gigantischen Geldmenge manifestiert. „Den Zentralbanken ist die Kontrolle über die Geldmenge entglitten“, bemängelt Monetative-Vorstand Joseph Huber. Er zieht eine Parallele zum 19. Jahrhundert, als private Banken für den Druck von Geldscheinen zuständig waren: Es kam zu Krisen, weil die Institute zu viele Scheine herstellten. Deswegen übertrugen die Regierungen das Notenmonopol an Zentralbanken.

Mittlerweile ist das Bargeld jedoch weitgehend vom Giralgeld verdrängt worden, worüber Notenbanken keine Kontrolle haben. Das wollen die Aktivisten mit einer Vollgeldreform ändern. Praktisch würde das bedeuten: Jede Geschäftsbank könnte Kredite nur noch in dem Umfang vergeben,

in dem sie über Einlagen verfügt. „In einem solchen System könnte die Zentralbank Inflation und Deflation verhindern, ebenso wie die spekulative Aufblähung der Geldmenge“, ist der Schweizer Ökonom Hans Christoph Binswanger überzeugt, der im wissenschaftlichen Beirat der Monetative mitarbeitet. Im Laufe dieses Jahres wollen Anhänger der Idee in seiner Heimat die Weichen für eine Volksabstimmung über die Einführung des Vollgelds stellen. Für den Staat wäre die Reform lukrativ, erhielte er doch künftig den gesamten Gewinn aus der Seigniorage, also der Differenz zwischen Produktionskosten von Geld und dessen Nennwert. Heute fließt dieser Gewinn zu einem großen Teil privaten Banken zu. „In der modernen Arbeits- und Leistungsgesellschaft ist ein solches quasi-feudales Privileg ein ordnungspolitisches Übel“, findet Huber. Gegner der Idee halten es wiederum für wahrscheinlich, dass es in einem Vollgeldsystem zu Inflation kommt, weil die Notenbank übermäßig Geld in Umlauf bringen würde.

Millionen Amerikaner haben keinen Zugang zu einem gewöhnlichen Bankkonto

Bei dem Protest gegen gierige Banken wollten es einige Mitglieder der Occupy-Bewegung in den USA nicht belassen – sie engagieren sich für die Gründung eines ethischen Finanzinstituts, der Occupy Money Cooperative. Ihre Initiatoren stammen aus der Mitte der Gesellschaft: Im Vorstand sitzen ein ehemaliger britischer Diplomat, ein Professor für Finanzrecht und eine ehemali-

ge Hedgefonds-Analystin. Mit einem radikalen Umbau der Wirtschaft hat die Genossenschaft nichts im Sinn. Sie will ganz pragmatisch Millionen Amerikanern den Zugang zu einem gewöhnlichen Konto ermöglichen. Darauf muss bislang etwa jeder zehnte US-Bürger verzichten. Auch in Österreich arbeiten Aktivisten an der Gründung eines alternativen Geldinstituts. „Bank für Gemeinwohl“ soll es heißen. Es ist ebenfalls als Genossenschaft konzipiert. Voraussichtlich ab Mai sollen Interessenten Genossenschaftsanteile zeichnen können.

Auch in anderen Ländern, etwa Großbritannien, gehört die Gründung neuer Finanzinstitute zu den Konsequenzen, die Aktivisten nach der Finanzkrise gezogen haben. In Deutschland gab es bereits vorher alternative Institute wie die GLS Bank, Umweltbank oder Ethikbank, weswegen sich Aktivisten hier für die Stärkung dieser Banken aussprechen. Sie starteten Aktionen wie die „Krötenwanderung“ – Bankkunden sollten zu grünen Instituten wechseln.

Mit dem sperrigen Thema Steuergerechtigkeit beschäftigt sich die Organisation Tax Justice Network (TJN). Dreimal erstellte das Netzwerk bereits einen sogenannten Schattenfinanz-Index, in dem Länder nach dem Grad der Geheimhaltung von Finanzgeschäften und ihrem Anteil am Weltmarkt der Finanzdienstleistungen geordnet werden. Über die Höhe von Steuerausfällen durch legale Steuervermeidung mag man sich streiten – die EU-Kommission befreit sie auf etwa eine Billion Euro in der Gemeinschaft. In jedem Fall ist es eine Menge Geld, das für die Erledigung staatlicher Aufgaben fehlt.

Der gesellschaftliche Diskurs über das Thema habe sich „massiv gewandelt“, berichtet TJN-Mitarbeiter Markus Meinzer und nennt als Gründe unter anderem die Berichterstattung über „Konzernsteuervermeidung“. Kritik gab es beispielsweise an Starbucks, Amazon und Google. „Viele der politischen Reformvorschläge, für die das TJN als weltfremd belächelt wurde, sind heute auf der Agenda internationaler Politik“, sagt Meinzer zufrieden. Als Beispiele nennt er einen automatisierten, länderübergreifenden Informationsaustausch von Steuerbehörden und die Veröffentlichung der wahren Eigentümer von Firmen und Treuhandschaften. „Die Schwierigkeit ist nun, Nägel mit Köpfen zu machen, oft gegen die mächtigsten und reichsten Interessengruppen der Welt“, sagt er. Zuversichtlich stimmt ihn, dass es im vergangenen Jahr einige Fortschritte gab, wozu er die Transparenzregeln für die Rohstoff- und Tropenholzindustrie und den Banksektor in der EU zählt.

Weltweit gibt es Aktivisten, die sich für die Idee einer solidarischen Ökonomie aussprechen. Besonders populär ist der Ansatz der Gemeinwohl-Ökonomie: Deren Befürworter wollen die Wirtschaft von Gewinnstreben und Konkurrenz auf Gemeinwohlstreben und Kooperation umpolen. Geht es nach ihnen, wird wirtschaftlicher Erfolg nicht mehr mit Geld, sondern mit nichtmonetären Nutzwert-Indikatoren gemessen – sowohl auf der Ebene des einzelnen Unternehmens als auch der Volkswirtschaft. Drei Jahre nach dem Start der Initiative unterstützten etwa 1500 Unternehmen aus 27 Ländern das Vorhaben, darunter die Münchener Sparda Bank und auch der spani-

sche Mondragon-Konzern mit 85 000 Beschäftigten.

Vergangenes Jahr seien neue lokale Gruppen in Finnland, Polen, Tschechien, Holland und in vielen Ländern Lateinamerikas entstanden, berichtet der Autor und Aktivist Christian Felber, einer der Hauptverfechter der Idee. In vier europäischen Staaten gebe es nationale Fördervereine, in Madrid habe ein erstes Treffen von „Gemeinwohl-Gemeinden“ stattgefunden, einige Universitäten und Hochschulen hätten angekündigt, und das Bundesland Salzburg finanziere ein Gutachten für eine „Gemeinwohl-Modellregion“. Bald solle auf Produkten eine Gemeinwohllampel abgebildet werden, erklärt Felber am Rande einer Veranstaltung in Berlin. Dann könnten Konsumenten die Gemeinwohl-Aktivitäten von Firmen gezielt unterstützen.

Im Moment gewinnt das Unternehmen, das nicht nachhaltig handelt

Von der Notwendigkeit einer nachhaltigen Wirtschaftsweise ist vor allem angesichts des Klimawandels viel die Rede, und das Ziel ist weitgehend unstrittig. Große Fortschritte erreichen könne man durch eine Änderung des heutigen Wettbewerbsrechts – davon ist die Forschungsgruppe Ethisch-Ökologisches Rating überzeugt, in der sich weitgehend ehrenamtliche Akteure aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft mit dem Verhältnis von Ökonomie zu Ethik und Ökologie auseinandersetzen. Heute könne die Privatwirtschaft viele Schäden an Natur, Klima und Gesellschaft

in die Gemeinschaft auslagern, sagt der Geograf Daniel Dahm. Deswegen würden sogar Unternehmen aus dem Markt verdrängt, wenn ihre Produktionskosten aufgrund verantwortlicheren Handels höher seien als bei den Konkurrenten, kritisiert er: „Gegenwärtig gewinnt im Wettbewerb prinzipiell das Unternehmen, das nicht nachhaltig und verantwortlich handelt – es macht schlicht die höchsten Gewinne.“ Nach Ansicht der Projektgruppe soll die Politik künftig alle Unternehmen verpflichten, Verbrauchtes wiederherzustellen, gleichwertig zu ersetzen oder das Gemeingut zumindest so schonend zu behandeln, dass es sich regenerieren kann. Geschehen soll dies durch eine Änderung des Wettbewerbs- und Eigentumsrechts. „Dann funktioniert Marktwirtschaft auch wieder“, ist Dahm überzeugt.

Für die Fragestellung interessieren sich auch große Konzerne. So diskutierte die Projektgruppe zuletzt in Kooperation mit der BMW Stiftung Herbert Quandt bei drei runden Tischen mit Vertretern von Firmen und Banken über ihre Idee, ein von der Friedrich-Ebert-Stiftung beauftragtes Rechtsgutachten bescheinigt die grundsätzliche Machbarkeit. „Das ermutigt zum politischen Handeln“, sagt Dahm. Durch die Bank sind übrigens all diese Gesprächspartner davon überzeugt, dass der richtige Zeitpunkt für Reformen reifen wird. „Denn die nächste Krise kommt sicher“, sagt Hajo Köhn, der in Frankfurt die Initiative Occupy Money mitgegründet hat. Die Zeit sollte man nutzen, um Reformideen auszuarbeiten und sich zu vernetzen – dann könne man in der nächsten Krise mehr konkrete Änderungen erreichen.

SECHS AKTIVISTEN

Der Freigeist

„Freiheit bedeutet für mich, dass ich über die Verbesserungen im demokratischen Gemeinwesen, in dem ich lebe, ohne Einschränkungen nachdenke“, sagt Christian Felber (FOTO: RITA NEWMAN). Er ist eines der bekanntesten Gesichter in der alternativen Wirtschaftsszene. In seinen Büchern beschreibt Felber Reformideen wie die Gemeinwohl-Ökonomie und versucht gleichzeitig mit anderen, entsprechende Ideen praktisch umzusetzen. So hat er Attac in Österreich mitgegründet. Der 41-Jährige propagiert seine Ideen in Europa genauso wie in Lateinamerika. Felber lebt in Wien. Er ist überzeugt davon, dass die Finanzkrise in Europa wieder aufleben wird. Dann werde es neue Möglichkeiten geben, um Projekte wie eine solidarische Ökonomie, eine Postwachstum- oder Gemeinwohloökonomie voranzubringen. Durch solche Ideen könne die Wirtschaft zum Wohle der Menschen verändert werden, glaubt er: „Wenn wir es schaffen, die Werte der Wirtschaft mit den Werten der Gesellschaft in Einklang zu bringen, schafft das enorm viel Freiheit für ein lust- und kunstvolles Leben.“



Die Unverzagte

Vor neun Jahren ging Luise Neumann-Cosel erstmals gegen einen Castor-Transport auf die Straße, nach der Katastrophe von Fukushima gehörte sie zu den Organisatoren der Demonstrationen für den Atomausstieg in Deutschland. In dieser Zeit lernte die 27-Jährige viel über die Strukturen und Machtverhältnisse auf dem Energiemarkt, insbesondere über die Rolle großer Konzerne. Darum kämpft Neumann-Cosel (FOTO: TRUTSCHEL/PHOTO-THEK.NET) nun für den Kauf des bisher von Vattenfall betriebenen Berliner Stromnetzes durch eine Bürgergenossenschaft. Sie trommelt als Vorstand der Genossenschaft Bürger Energie Berlin für eine Beteiligung der Bürger am Netz. Zuletzt gab es allerdings einen Dämpfer: Ein Volksentscheid für den Aufbau eines Stadtwerkes und die Übernahme des Stromnetzes scheiterte. Trotzdem gibt Neumann-Cosel nicht auf. Natürlich weiß sie, wie schwierig das Unterfangen ist. „Es ist allerdings auch nicht unmöglich, denn ob wir eine Chance haben, wird am Ende davon abhängen, wie viele Menschen sich hinter uns stellen.“ Bisher sind es etwa 1300.



Der Postmaterialist

„Steuern sind ein wichtiger Kitt jeder Gesellschaft – sie schweißen die Menschen in einer Leistungs- und Transfergenossenschaft zusammen“, begründet Markus Meinzer (FOTO: PRIVAT) seine Motivation dafür, im Netzwerk Steuergerechtigkeit mitzuarbeiten. Er ist überzeugt, dass man am Steuersystem gut ablesen könne, „welchen Wertewandel eine Gesellschaft jenseits aller Rhetorik wirklich durchläuft“. Zuständig ist der 34-Jährige in dem Netzwerk unter anderem für die Erstellung des sogenannten Schattenfinanz-Indexes. Dafür arbeitet er sich akribisch durch Studien und Statistiken. Ihm persönlich ist es ein besonderes Anliegen, auf die Kehrseite des westlichen Lebensstils hinzuweisen und für „Werte jenseits einer Konsum- und Leistungsvergötterung“ einzustehen. Dazu gehört für ihn auch eine andere Einstellung zum Arbeiten, gerade bei den vorhandenen gut bezahl-



ten Arbeitsplätzen: Ihm erscheint ein „Sich-Bescheiden“ mit einem Vollverdienst oder mit zwei Teilzeilöhnen pro Haushalt materiell und gesellschaftlich nachhaltiger und erstrebenswerter.

Der Theoretiker

„Der Berg kreist, wie man sagt, aber heraus kommt viel Kleingedrucktes von eher nachrangiger Bedeutung“, antwortet Joseph Huber, wenn man ihn auf die politischen Fortschritte anspricht, die es als Reaktion auf die Finanzkrise gegeben hat. Er verweist unter anderem auf das deutsche Trennbankengesetz, weil nur sehr wenige Banken davon betroffen sind und diese auch nicht grundsätzlich an der Art der Investmentgeschäfte oder der dafür benötigten Geldmittel-Beschaffung etwas ändern müssten. Eigentlich lehrt er Wirtschaftssoziologie an der Universität Halle – viel Zeit widmet Huber (FOTO: OH) jedoch Reformideen für das Geld- und Bankwesen. Hier beobachtet er, dass ein „Umdenken in der Geldtheorie einsetzt. Mit Sorgen sieht der 65-jährige Wissenschaftler die Folgen der jüngst in der Finanzkrise verabschiedeten Sparprogramme in den EU-Krisenstaaten und die Vernichtung von Ersparnissen durch Habenzinsen unterhalb der Inflationsrate. Kopfschüttelnd steht er auch neuen Trends gegenüber, beispielsweise virtuellen Internet-Währungen wie den Bitcoins.“



Die Überzeugte

Judith Pühringer leitet als Geschäftsführerin einen Dachverband für soziale Integrationsunternehmen in Österreich. Das seien alles Unternehmen, die an der Schnittstelle zwischen Wirtschaft und Sozialem agieren, sagt sie. Immer wieder hat sie erfahren, was es für solche Firmen bedeutet, mit einer „Bank zu kooperieren, die eigentlich nicht versteht, was Gemeinnützigkeit bedeutet“. Überhaupt kenne sie viele Sozialunternehmer mit guten Ideen, die sie mangels Finanzierung nicht umsetzen könnten. Deswegen engagiert sich die 37-Jährige (FOTO: OH) ehrenamtlich für die Gründung einer ethischen Bank, ist Vize-Obfrau des Vereins zur Gründung einer demokratischen Bank. Mit den anderen Mitstreitern des Projekts hat sie sich deswegen in das Banken-Ein-Mal-Eins eingearbeitet. Die Idee fasziniert sie. Warum? „Weil ich mir denke: Die Zeit ist reif dafür, dass wir nicht mehr alle einzeln unser Ding machen, sondern die Augen aufmachen und hinschauen, was es brauchen würde, um Dinge neu zu denken und auch ins Leben zu bringen, auch über Geld und Finanzierung.“



Der Grenzgänger

Viele am Thema Nachhaltigkeit interessierte Wissenschaftler haben am Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt und Energie geforscht, so auch Daniel Dahm. Überhaupt ist es dem Geografen eine Herzensangelegenheit, dass das „grenzenlose Wachstum des Finanzkapitals, das Natur und Gesellschaften auffrisst, abgelöst wird.“ Dem 44-jährigen Dahm (FOTO: OH) reichte es jedoch irgendwann nicht mehr, sich nur durch die wissenschaftliche Brille mit der Frage zu beschäftigen, wie eine Ökonomie etabliert werden kann, die gleichzeitig die Regeneration des Lebenssystems Erde leistet und das wachsende Gefälle zwischen Arm und Reich sowie zwischen Gesellschaften auflösen könnte. Deswegen arbeitet er beim Arbeitskreis für ethisch-ökologisches Rating an politischen Reformvorschlägen mit und initiiert er Projekte wie eine Messe für grüne Güter. Darüber hinaus gründete Dahm eine Investmentgesellschaft, die Mittel in den Aufbau von Natur investieren soll. Sie soll von einer Stiftung kontrolliert werden, in der Wissenschaftler sitzen. DOM

